

Gerechtigkeitstheorien in der Ökonomik: Ausweg oder Irrweg?

Max Albert, Hartmut Kliemt

1 Einleitung und Überblick

„Politische Ökonomen“ haben von je her nicht nur erklärende und prognostische Beiträge geleistet, sondern auch für politische Ziele geworben. Das steht ihnen als Bürgern selbstverständlich frei. Wenn es jedoch nicht um Erklärung und Prognose, sondern um die „Anleitung“ der Politik geht, besitzen sie nach einem im weiteren Sinne Max Weberschen Verständnis von „wertfreier“ Wissenschaft keine höhere Kompetenz als andere Bürger.

Insbesondere als wirtschaftspolitischer Berater ist der Ökonom Bürger unter Bürgern. Seine wissenschaftliche Kompetenz beschränkt sich darauf, jenen, die wissenschaftlichen Rat suchen (einschließlich seiner selbst), Mittel und Wege zur Realisierung vorgegebener Ziele aufzuweisen.

Nachdem das Thema durch Lionel Robbins' „Essay on the nature and significance of economic science“ (1935) lange erledigt schien, wollen heutige Ökonomen erneut über die vom Ziel der Wertfreiheit geforderte Beschränkung auf die Agenten-Rolle in der wissenschaftlichen Beratung hinausgehen. Sie berufen sich dabei insbesondere auf moderne philosophische Gerechtigkeitstheorien, die aus der Ökonomik entlehnte entscheidungstheoretische Modelle verwenden.¹ Doch die Tatsache, dass man sich beim Re-Import bestimmter Modelle auf vertrautem Boden bewegt, verschleiern, wie weitreichend man den Charakter einer am Ideal der Wertfreiheit orientierten Ökonomik verändert, wenn man philosophische Gerechtigkeitstheorien in sie zu integrieren versucht.

Wäre es tatsächlich so, dass die Philosophie Ansprüche auf eine wissenschaftliche Fundierung etwa von Gerechtigkeitstheorien einlösen könnte, so bestünde die berechtigte Hoffnung, die Wertbasis politik-ökonomischer Beratung ohne Gefährdung der Wissenschaftlichkeit der Disziplin zu verstärken. Da jedoch nach der Konzeption eines einheitlichen wissenschaftlichen Weltbildes – die jedenfalls wir teilen – davon auszugehen ist, dass die Fähigkeiten zu wissenschaftlicher Begründung in allen Disziplinen die gleichen sind, spricht nichts dafür, dass die Philosophie wissenschaftlich respektable Begründungen normativer Urteile liefern kann, die anderen Disziplinen und insbesondere der Ökonomik nicht zugänglich sind.

¹ Das gilt insbesondere für die drei sogenannten „Neuen Vertragstheoretiker“ (vgl. Gordon 1976). Rawls ist insoweit ein besonders prägnantes Beispiel, als er explizit auf Baumol (1972) als Quelle der Inspiration für Modellierungen in seiner Theorie der Gerechtigkeit verweist. Bei Robert Nozick sind die Bezüge zu eher technischen ökonomischen Argumenten völlig augenfällig. Der dritte der neuen Vertragstheoretiker, James M. Buchanan, ist selbst Nobelpreisträger der Ökonomik.

Selbst wenn aber eine eigenständige Ethik-Begründung in der Philosophie mit einem den Einzelwissenschaften vergleichbaren – diesen aber verschlossenen – Rationalitätsanspruch möglich wäre, bliebe es ein Faktum, dass die Ansichten normativer Konzeptionen der Ethik *de facto* weit auseinander gehen. Für praktisch jede Gerechtigkeitsvorstellung lässt sich irgendeine philosophische Begründung als Rationalisierung heranziehen. Das stellt es weitgehend in das Belieben des wirtschaftswissenschaftlichen Beraters, zu welchen Ergebnissen er auf der Basis vorgeblich gesicherter philosophischer Erkenntnis gelangt. Wir plädieren deshalb für eine Rückbesinnung auf die insbesondere von Max Weber und Lionel Robbins ausgehenden Traditionen „wertfreier Ökonomik“. Dabei erkennen wir ausdrücklich an, dass unsere Überlegungen nur für diejenigen relevant sind, die *de facto* bestimmte Ziele, Werte oder Zwecke verfolgen, die die Akzeptanz traditioneller Wissenschaftsauffassungen und eine Wertfreiheitsnorm stützen.

In Abschnitt 2 gehen wir ausführlich auf meta-ökonomische und meta-ethische Grundkonzepte ein. In Abschnitt 3 diskutieren wir Vertragstheorien der Gerechtigkeit, um dann in Abschnitt 4 die methodologische des zweiten mit der substantiellen Kritik des dritten Abschnitts zu einer negativen Gesamtwürdigung der möglichen Rolle von Gerechtigkeitstheorien in der Ökonomik zusammenzuführen.

2 Meta-Ökonomik und Meta-Ethik

2.1 Kritisch-rationale Diskussion normativer Fragen

Nach landläufiger Auffassung sind hinreichend präzise positive Aussagen wahr oder falsch; wobei Wahrheit – im Sinne der sogenannten Korrespondenztheorie der Wahrheit – als Übereinstimmung mit den Tatsachen verstanden wird. Positive Aussagen können sich auch auf moralische Wertungen beziehen; so ist die – norm-deskriptive – Äußerung „Manche Leute halten Gerechtigkeit für wichtiger als Effizienz“ eine wahre positive Aussage. Das gleiche gilt für die Aussage, dass es in Deutschland grundsätzlich – sofern nicht etwas anderes ausdrücklich rechtlich statuiert ist – rechtlich gesollt ist, innerörtlich maximal 50 km/h mit dem Auto zu fahren. Es handelt sich um eine Tatsachenbehauptung darüber, was *rechtlich* zur Zeit in Deutschland gesollt ist.²

Von den positiven Aussagen sind normativ-wertende Äußerungen wie z.B. „Gerechtigkeit ist wichtiger als Effizienz“ zu unterscheiden. Denn die kritisch-rationale Diskussion von normativen Äußerungen ist weit problematischer als die positiver Äußerungen. In der Ökonomik wird eine rationale Diskussion

² Herbert Harts „rule of recognition“ erfordert nur empirische Kriterien. Für die Entscheidung darüber, was rechtlich gesollt ist, braucht man insbesondere keine Kelsensche „Grundnorm“ (vgl. Hart 1961, Kelsen 1934/2000). Die Frage „was soll ich tun?“ bleibt im Sinne der eigenverantwortlichen Betroffenheit damit aber immer noch im Mooreschen Sinne offen.

normativ-wertender Äußerungen sogar weitgehend für unmöglich gehalten. „De gustibus non est disputandum!“ (vgl. Stigler und Becker 1977).

Eine noch über diese These hinausgehende Auffassung wird durch das ökonomische Modell der vollkommenen Rationalität nahegelegt. Für Akteure, die im Sinne dieses Modells vollkommen rational sind, sind alle Formen der Diskussion oder Kritik sinnlos.

Dieses Ergebnis folgt aus der zwar selten betonten, im Modell der vollkommenen Rationalität aber implizit vorausgesetzten logischen Allwissenheit. Wer logisch allwissend ist, kennt alle logischen Folgerungen der von ihm de facto akzeptierten Prämissen und damit jedes denkbare Argument und alle Konsequenzen aller Annahmen. Eine solche Person kann nur durch Erfahrung beeinflusst werden, nicht aber durch Argumente bei gegebenem Erfahrungsschatz und gegebenen Wünschen. Selbst wenn eine logisch allwissende Person keine vollständige Präferenzordnung (VPO) besäße – eine Möglichkeit, die durch die Annahme vollkommener Rationalität aber bereits ausgeschlossen wird –, wäre eine kritische Diskussion ihrer Präferenzen sinnlos.

Nur neue Information über die Beschaffenheit der Welt, nicht aber ein Argument auf der Basis bestehender Information kann eine solche Person beeinflussen. Da eine logisch allwissende Person sich jeder möglichen Beschaffenheit der Welt und aller daraus folgenden Konsequenzen bewusst ist, kann die Erfahrung zwar ihre Handlungen beeinflussen, nicht aber ihre unbedingten oder letzten Präferenzen.

Diese Auffassung erscheint als überzogen. Reale Menschen sind nicht logisch allwissend und besitzen auch keine vollständige Präferenzordnung. Daher sind ihre Präferenzen unter Umständen auch durch Argumente beeinflussbar, da sie sich keinesfalls aller logischen Zusammenhänge und möglicher Theorien bewusst sind. Sie sind deshalb durch Argumente ebenso wie durch faktische Information beeinflussbar. Dies eröffnet Raum für rationale Diskussion und Kritik, wie sie uns insbesondere aus den empirischen Wissenschaften vertraut sind.

Tatsachen wie insbesondere nomologische Hypothesen werden häufig nicht einfach durch direkte Beobachtung erhoben, sondern erst auf der Grundlage kritischer Prüfungen und Tests akzeptiert. Normative Äußerungen lassen sich analog zu der kritisch-rationalen Diskussion von Tatsachen in der Suche nach einem sogenannten Überlegungsgleichgewicht prüfen.³ Auf der kritisch-rationalen Suche nach einem solchen Gleichgewicht gehen wir zwischen allgemeinen Überzeugungen und einzelfallbezogenen Intuitionen „hin und her“, bis wir eine insgesamt kohärente Sicht von allgemeinen und speziellen Urteilen gefunden haben.

³ Vor allem John Rawls hat den Gedanken der Suche nach einem sogenannten „Überlegungsgleichgewicht“ wiederbelebt (vgl. dazu Rawls 1951, Hahn 2000).

Wenn beispielsweise jemand die Tötung eines Menschen beobachtet, dann wird er womöglich zu dem intuitiven Urteil – analog einer „Hypothese“ – neigen, dass das, was er beobachtet hat, „moralisch falsch“ sei. Würde er gefragt, wie er dieses Urteil begründe, so könnte er allgemein behaupten, dass „Töten moralisch falsch“ sei und daraus folge, dass die spezielle beobachtete Tötung ebenfalls moralisch falsch sein müsse. Auf die Vorhaltung hin, dass das Töten eines Tieres von ihm etwa aus kulinarischen Gründen akzeptiert wird, würde er womöglich das allgemeine Prinzip einschränken zu: „Die Tötung menschlicher Wesen ist moralisch falsch“.

Diesem allgemeinen Prinzip – analog einer allgemeinen Hypothese – könnte nun jemand im nächsten Schritt weiterer kritischer Prüfung an Einzel-Intuitionen – analog zu Einzelbeobachtungen – einen speziellen Fall von Notwehr entgegenhalten. Wenn beispielsweise eine Person auf eine andere mit einem gezückten Messer in offenkundiger, massiver Verletzungsabsicht zustürmt, dann darf das potentielle Opfer sich mit tauglichen Mitteln, die auch eine zur Abwehr notwendige Tötung einschließen, wehren. Ein angesichts dieses speziellen Gegenbeispiels modifiziertes generelles Tötungsverbot könnte lauten: „Die Tötung von Menschen ist verboten, es sei denn, sie wird aus Notwehr gegen einen unmittelbaren Angriff vollzogen.“

Das skizzierte Vorgehen benutzt die speziellen Einzelfallurteile über die normative Angemessenheit bestimmter direkt beobachtbarer konkreter Verhaltensweisen, um allgemeine normative Prinzipien zu beurteilen. Bestimmte dieser Prinzipien werden sich bewähren, während andere so lange modifiziert werden müssen, bis sie im „Gleichgewicht“ untereinander und mit den Einzelfallurteilen zu stehen scheinen. Dieses Verfahren ist dem Vorgehen der kritisch-rationalen empirischen Prüfung in den Einzelwissenschaften ähnlich. Kritische Prüfung und Bewährung erscheinen als analog zu der kritischen Prüfung und Bewährung von allgemeinen Hypothesen über Tatsachen. Das Verfahren scheint geeignet zu sein, um zu konsistenten normativen Urteilen zu gelangen, die aus der Kritik aneinander und der Kohärenz untereinander eine wechselseitige Stützung erfahren.

Wenn man das Ziel einer normativ kohärenten Vorgehensweise, die sich in einem Überlegungsgleichgewicht rationalisieren lässt, verfolgt, dann ist es instrumentell rational, auf das skizzierte „Verfahren“ kritischer Prüfung zurückzugreifen, und ebenso instrumentell rational, die Ergebnisse des Verfahrens zu akzeptieren. Das Überlegungsgleichgewicht ist allerdings stets nur ein individuelles und temporäres Gleichgewicht. Es ist deshalb für den Einzelnen vermutlich zielführend, auf interpersonale Kritik zu setzen und sich an einer allgemeinen Diskussion zu beteiligen, um zu einer umfassenderen kritischen Prüfung zu gelangen. Die Einbindung in einen sozialen Kontext erhöht die Chance, relevanten Argumenten und Gesichtspunkten zu begegnen, die dem einzelnen Individuum entgehen können. Das gilt vor allem dann, wenn die soziale Interaktion so strukturiert ist, dass eine möglichst weitgehende Unabhän-

gigkeit der Sichtweisen garantiert und Herdenverhalten weniger wahrscheinlich ist.

Für den sogenannten (meta-)ethischen Nonkognitivisten – der Begriff wird über das hier zugrunde gelegte Verständnis hinaus in 2.3 näher präzisiert – ist ein höheres Maß an Rationalität, als sie eine kritisch-rationale Suche nach Überlegungsgleichgewichten bietet, im Bereich normativer Überzeugungen nicht erreichbar.⁴ Im Gegensatz zu positiven Aussagen sind normative Äußerungen nach nonkognitivistischer Auffassung weder wahr noch falsch, obwohl es möglich ist, sie im Rahmen der Suche nach einem Überlegungsgleichgewicht rational zu diskutieren. Zustimmung und Ablehnung sind auch, aber nicht nur – wie wir noch ausführen werden – Ausdruck moralischer Wünsche und Zielvorstellungen oder, um die übliche ökonomische Terminologie zu benutzen, Ausdruck moralischer Präferenzen.⁵ Das gilt im Allgemeinen dann, wenn derjenige, der diese moralischen Präferenzen äußert, sich möglicherweise über den Status der betreffenden Aussagen täuscht und sie für wahr oder falsch hält (vgl. dazu Mackie 1977).⁶

2.2 Technologien und hypothetische Imperative

Wertfreie Wissenschaft entwickelt auf der Basis von nomologischen Hypothesen technologische Aussagen in dem von Hans Albert eingeführten Sinn des Begriffs (vgl. z.B. Albert 1968/1991, 50-53; 2000, 49, 214-215). Solche technologischen Aussagen informieren darüber, welche Maßnahmen dazu führen, dass man (potentiell angestrebte) Resultate sicher, mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit oder zumindest mit erhöhter Wahrscheinlichkeit erreicht: Sofern man sich dazu entschliesse, bestimmte Dinge zu tun, würde dies (nomologisch) voraussagbare Konsequenzen haben.

Typischerweise zeigen verschiedene technologische Aussagen an, dass unter den gegebenen Umständen verschiedene Mittel zur Erlangung miteinander konkurrierender Ziele eingesetzt werden können (vgl. Robbins 1935). Die Opportunitätskosten der Erreichung des einen Zieles – gerechnet in einer Mindererreichung eines anderen – können auf der Basis technologischer Aussagen und der Kenntnis von Knappheitsbedingungen bestimmt und beschrieben werden. Darüber, welche Ziele man verfolgen soll, kann jedoch auf dieser Basis nichts ausgesagt werden. Zudem bleibt die Feststellung des Umrechnungskurses

⁴ Für den ethischen Nonkognitivist existieren keine „Werttatsachen“ (vgl. zur Begründung Harman 1977).

⁵ Wenn wir hier von „moralischen Präferenzen“ sprechen, unterstellen wir – wie oben ausgeführt – nicht, dass jede Person eine vollständige moralische Präferenzordnung besitzt. Auch legen wir uns hier nicht darauf fest, ob diese moralischen Präferenzen tiefliegende Präferenzen im Sinne von Stigler and Becker (1977) sind oder induzierte Präferenzen, die aus tiefliegenden Präferenzen und Wissen oder Vermutungen über Restriktionen abgeleitet sind.

⁶ Der Vollständigkeit halber sei die Möglichkeit erwähnt, dass jemand ein Werturteil, dass seinen eigenen moralischen Präferenzen widerspricht, für wahr hält.

zwischen Wertdimensionen eine Sache individueller subjektiver Einstellungen. Wenn die Minderung der Verwirklichung des einen auf der Basis technologischer Aussagen zur gesteigerten Realisierung eines anderen Zieles in Kauf genommen werden muss, dann gibt es keine objektiven Kriterien, die eine Gewichtung des trade-offs diktieren würden.

Allgemeiner gesprochen sind die *wissenschaftlichen* Gehalte sogenannter „angewandter“ Disziplinen immer technologischer und nicht normativer Natur. Es wird Schubladenwissen für mögliche Zwecke bereitgestellt, ohne etwas über die Zwecke und deren Verbindlichkeit zu sagen. Diese Form der Forschung verlangt keineswegs eine Parteinahme für irgendeinen der betrachteten und auf seine Kohärenz mit anderen hin untersuchten Zwecke.

Wenn man die angewandte Ökonomik konsequent als technologische Disziplin im Sinne Hans Alberts auffasst, wird der Ausdruck „normative Ökonomik“ irreführend. Eine technologisch verstandene Wohlfahrtsökonomik etwa empfiehlt noch nicht einmal, effiziente Allokationen anzustreben. Sie stellt allein denen, die Effizienz de facto erstreben, Informationen darüber zur Verfügung, wie sie diese herbeiführen können.⁷ Keine Wissenschaft, auch nicht die Wohlfahrtsökonomik, sagt, dass man *X* tun sollte, wenn man *Y* anstrebt. Ein entsprechender Schritt aus der (deskriptiv erfassbaren) Sphäre des Seins in die (präskriptive) des Sollens ist zwar häufig sehr naheliegend. Er erfordert jedoch zusätzliche normative Prämissen, insbesondere Brückenprinzipien im Sinne von Hans Albert (1968/1991, 91-92; 2000, 44).

Um das am Beispiel der Wohlfahrtsökonomik konkret zu erläutern, nehmen wir einmal an, ein Diktator verfolge das Ziel, effiziente Allokationen zu erreichen. Die ökonomische Theorie sowie empirische Untersuchungen über die vorliegende Situation mögen dazu führen, dass der Diktator glaubt, die Einführung von Freihandel sei die einzige Maßnahme, die unter den gegebenen Umständen zu einer effizienten Allokation führt. Dies ist eine technologische Information. Daraus folgt nicht der hypothetische Imperativ: „Wenn Du eine effiziente Allokation erreichen willst, dann sollst Du unter den gegebenen Umständen Freihandel einführen.“ Dazu bedarf es einer weiteren normativen Prämisse, die wie folgt lauten könnte: „Wenn in einer gegebenen Situation für eine Person nur eine Handlung existiert, die das einzige von der Person verfolgte Ziel erreicht, dann sollte die Person die betreffende Handlung wählen.“

⁷ Der erste „Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomik“ etwa ist eine rein positive – wahre oder falsche – Aussage darüber, unter welchen Umständen effiziente Allokationen erreicht werden. In der Ökonomik besteht eine Tendenz, solche Theoreme als „Tautologien“ (analytisch wahre Aussagen) aufzufassen (d.h. alle Gesetzhypothesen wie etwa die Rationalitätsannahme als Teil der Wenn-Komponente der Aussage aufzufassen). Es wäre sinnvoller, die Theoreme selbst als Folgerungen aus Gesetzhypothesen und damit selbst als Gesetzhypothese aufzufassen. Das hat die unangenehme Konsequenz, dass man zugeben muss, dass diese Theoreme vermutlich falsch sind – auch wenn sie „mathematisch bewiesen“ wurden (vgl. Albert 1996).

Dieser normativen Prämisse werden vermutlich die meisten Menschen zunächst zustimmen. Das Verb „sollen“ drückt dabei nur ein Gebot der Klugheit und nicht ein moralisches Gebot aus.⁸ Man kann in diesem Falle deshalb insbesondere immer noch fragen, ob das, was man im vorangehenden Sinne tun „soll“ auch wirklich „gesollt“ ist. Man weiß zwar, was man aus technologischen Gründen in Verfolgung des eigenen Ziels tun sollte, aber immer noch nicht, was man „alles in allem“ tun soll.⁹

Man muss hier unterscheiden zwischen: a) dem Wunsch, ein Mittel der Zielerreichung genannt zu bekommen, welches sagt, was man nach irgendeinem Standard (etablierte Praxis, Klugheit etc.) tun „sollte“, wenn man etwas anderes will, b) der Frage, ob man alles in allem das in dem vorangehenden Sinne „technologisch“ gesollte auch letztendlich tun soll. Das erste zeigt auf, was man sich rationalerweise wünschen, das zweite, was man tun sollte.

Hypothetische Imperative sind Träger der technologischen Information darüber, wie man allfällige Wünsche erfüllen kann. Hypothetische Imperative sagen allgemein, dass derjenige, der bestimmte Ziele hat, aufgrund der „Erfahrung“ – also des technologischen Wissens – „gut beraten“ ist, wenn er bestimmte Maßnahmen ergreift, um die Ziele zu erreichen. Kantisch gesprochen handelt es sich dabei um „Imperative der Geschicklichkeit“, die immer nur bis auf weiteres – etwa dem Auftreten neuer Ziele oder Gesichtspunkte – gelten. Ein leicht verstärkter Anspruch ergibt sich, wenn unterstellt wird, dass ein Ziel von praktisch allen vernünftigen Individuen geteilt wird. Man hat es dann – ebenfalls kantisch gesprochen – mit einem hypothetischen Imperativ kluger Lebensführung im engeren Sinne und nicht nur einem Imperativ der Geschicklichkeit zu tun.

Wir werden im Weiteren unterschiedslos von „*hypothetischen Imperativen*“ sprechen. Diese sind auf der Basis der in ihnen enthaltenen technologischen Aussagen wissenschaftlich rechtfertigungsfähig. Ein hypothetischer Imperativ kann aber nur als Rechtfertigung für eine Handlung dienen, wenn der Handelnde das vorausgesetzte Ziel verfolgt. Andere Forderungen und Wertungen, die insbesondere die Auswahl der Ziele betreffen, sind rational kritisierbar und diskutierbar im Rahmen der Suche nach einem Überlegungsgleichgewicht. Soweit aus einem Überlegungsgleichgewicht eine Rechtfertigung erwächst, greift

⁸ Mit dieser Interpretation von „sollen“ dürfte der hypothetische Imperativ allerdings nicht mehr und nicht weniger als die zugrunde liegende technologische Aussage ausdrücken. Die normative Prämisse wäre dann analytisch wahr, also ein ziemlich uninteressantes Brückenprinzip. Das von Hans Albert erwähnte Brückenprinzip „Sollen impliziert Können“ ist gehaltvoll: „Sollen“ setzt „Können“ voraus.

⁹ Die Analogie zum positiv-rechtlichen Sollen ist vielleicht hilfreich: Dass etwas nach dem bestehenden Recht „positiv-rechtlich“ gesollt ist, ergibt sich als Faktenfeststellung. Dass derjenige, der Strafe vermeiden will, unter bestimmten Umständen aus Klugheit so handeln soll, wie es rechtlich gesollt ist, trifft ggf. ebenfalls zu. Ob man deshalb auch moralisch so handeln soll, wie es rechtlich und aus Klugheit gesollt ist, bleibt offen (vgl. auch Fußnote 2 oben).

diese allerdings ebenfalls auf die Wünsche dessen zurück, gegenüber dem etwas gerechtfertigt wird. Kurz: Damit eine Handlung *für* einen Handelnden rational „gesollt“ sein kann, muss etwas *von ihm* „gewollt“ sein.

2.3 Implikationen des Nonkognitivismus

In einem fundamentalen Sinne bleibt für den Anhänger des meta-ethischen und meta-ökonomischen Nonkognitivismus die Rechtfertigung von Forderungen „relativ“, nämlich relativ zu dem, was die Adressaten der Rechtfertigung *de facto* wollen bzw. als Prämissen akzeptieren. Kategorische Rechtfertigungen unabhängig davon, welche Ziele der Adressat der Rechtfertigung *de facto* verfolgt, lassen sich unter dieser Auffassung von „Wertfreiheit“ nicht wissenschaftlich begründen. Das ist ein für viele unbefriedigender Zustand. Denn man kann nicht begründen, dass *X* getan werden soll, sondern nur, dass man *X* tun sollte, falls man *Y* will.

Da alle Argumente für ein „Sollen“ „ad hominem“ (oder relativ) bleiben, kann derjenige, an den sich ein hypothetischer Imperativ wendet, immer sinnvoll fragen, ob das, was der Imperativ ihm „hypothetisch“ als „gesolltes“ Mittel der Zielverfolgung nahelegt, auch wirklich – alles in allem – für ihn gesollt ist.¹⁰ Sowenig wie es eine Letztbegründung im Bereich von Aussagen geben kann, sowenig ist diese im „normativen“ Bereich von Handlungsanweisungen möglich.

Ein Argument etwa gegen Giftgasproduktion ist seinem rationalen Status nach immer nur hypothetisch verankert. Beratung kann auch demjenigen zuteil werden, der beispielsweise nach einer effizienten Methode der Giftgasproduktion sucht. „Wer Giftgas produzieren will, der nehme ...“ ist strukturell nicht verschieden von einer Anweisung zum Backen eines Kuchens, „Wer einen Marmor-Kuchen backen will, der nehme ...“

Als moralischem Individuum steht es jedem, und damit auch dem Ökonomen frei, wirtschaftspolitische Ratschläge zur effizienten Produktion von Giftgas zu verweigern. Er kann als Bürger dafür eintreten, dass Giftgasproduktion verboten wird. Er kann für sich selbst oder andere als Rechtfertigungsadressaten hypothetische Imperative zur klugen Verhinderung der Giftgasproduktion empfehlen. Aber er kann nach unserer Sicht der Dinge nicht vertreten, dass unabhängig von den Zielen eines Rechtfertigungsadressaten (und damit kategorisch) bestimmte Handlungen gesollt bzw. verboten sind. Er muss immer jemanden finden, der *de facto* etwas will (wobei er selbst diese Person oder dieser Adressat sein kann), um seine technologischen Informationen so verankern zu können, dass daraus praktische Vorschläge werden.

Das Anerkenntnis, dass eine Bezugnahme auf einen *de facto* vorherrschenden Willen, Wunsch etc. erforderlich ist, um zu einer rationalen Rechtfertigung von Anweisungsgehalten zu gelangen, zeichnet Positionen aus, die wir als nonkognitivistisch bezeichnen. Mit dem Begriff des (meta-ethischen) Nonkogniti-

¹⁰ Die Analogie zu G.E. Moores Argument von der offenen Frage ist keineswegs zufällig.

vismus belegen wir im Folgenden alle Positionen, die mit der These vereinbar sind, dass es *keine* unabhängig von kontingenten Fakten des Wünschens oder der Konvention kategorisch begründeten Normen geben kann. Eine rationale *Rechtfertigung* unabhängig von einem faktisch vorgegebenen Anknüpfungspunkt ist unmöglich.

Wie Kant richtig erkannt hat, müssen Kognitivisten letztlich glauben, dass es möglich ist, normative Prinzipien zu rechtfertigen, ohne „hypothetisch“ an de facto gegebene Wünsche etc. anzuknüpfen. Wir gelangen daher zu einer ganz einfachen Charakterisierung von Kognitivismus und Non-Kognitivismus: Wer von der Existenz nicht-instrumenteller (hypothetischer) Rechtfertigungen ausgeht, ist ein Kognitivist, wer davon ausgeht, dass alle rational gerechtfertigten Handlungsempfehlungen oder -anweisungen auf irgendeiner Ebene an Fakten in dieser Welt – de facto vorhandene Ziele, Wünsche, Interessen, gegebene Konventionen etc. – anknüpfen müssen und nur relativ zu diesen zu begründeten Praxisvorschlägen führen, ist ein Nonkognitivist.

2.4 Die Bedeutung und Diskussion normativer Ausdrücke und Ansprüche

Ein Problem für den von uns vertretenen *begründungstheoretischen* Non-Kognitivismus scheint sich allerdings daraus zu ergeben, dass die moralische Sprache weitergehende kognitive Ansprüche zum Ausdruck bringt. In ihr wird keineswegs explizit auf vorgegebene Ziele Bezug genommen.¹¹

Betrachten wir etwa eine normative Aussage der Form „X ist verpflichtet, Y zu tun.“ Wer dieser Aussage zustimmt, könnte damit ausdrücken, dass er es – falls er nicht weitere Gründe hat, die dagegen sprechen – aus moralischen Gründen vorziehen würde, dass X Y tut. In diesem Sinne könnte diese normative Aussage eine bloße „moralische Neigung“ des Zustimmenden ausdrücken.

Darüber hinaus könnte die Aussage ausdrücken, dass Umstände vorliegen, die zu der Verpflichtung von X führten. So könnte X jemandem versprochen haben, Y zu tun. Das ist ein Element des Realitätsbezugs. Je nach Kontext kann die Aussage zusätzlich ausdrücken, dass der Zustimmende und vielleicht weitere Personen meinen oder hoffen, X werde Y tun.

Wer der Aussage zustimmt, drückt normalerweise nicht nur aus, dass er selbst es aus moralischen Gründen vorziehen würde, wenn X Y tut. Er gibt auch zu verstehen, dass er es vorziehen würde, wenn andere Personen der Aussage ebenfalls zustimmten. Damit wird ein Anspruch auf allgemeine Zustimmung erhoben. Möglicherweise will der Zustimmende auch zu verstehen geben, dass er der Auffassung ist, die Verpflichtung ergebe sich aus allgemeinen moralischen Prinzipien.

Es wäre ein Fehler, alle normativen Aussagen über einen Kamm zu scheren und sie ausschließlich als Ausdruck „moralischer Neigungen“ zu betrachten.

¹¹ Vgl. zu den nachfolgenden Überlegungen auch Hans Albert (2000, 44-46).

Normative Aussagen über Rechte, Pflichten, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit haben jeweils unterschiedliche Bedeutungen. Die Behauptung, eine Handlung sei ungerecht, drückt einen anderen Vorwurf aus als die Behauptung, eine Handlung sei unehrlich. Deshalb ist es praktisch nicht möglich, die Sprache des Kognitivismus zu vermeiden. Wir sagen „*X* ist verpflichtet, *Y* zu tun“, als handele es sich dabei um eine Tatsache. In der Tat nehmen wir dabei auch auf institutionelle Tatsachen einer etablierten Moral Bezug – so, wie wir auch auf etabliertes Recht Bezug nehmen, wenn wir sagen, jemand sei „rechtlich“ zu etwas verpflichtet. Soweit wir nicht einer kognitivistischen Fehleinschätzung unterliegen, drücken wir mit dieser Aussage eine Mischung aus Tatsachenbehauptungen und moralischen Neigungen aus.

Es ist weder offensichtlich noch kontextunabhängig, was wir genau meinen. Tatsächlich ist unsere Sprache – wie in anderen Bereichen auch – so komplex, dass wir selbst nicht immer genau wissen können, was wir behaupten. Es ist eine Aufgabe einer kritisch rationalen Diskussion, solche Behauptungen zu klären und sie einer inhaltlichen Prüfung zuzuführen.

Klar ist allerdings von vornherein, dass die bloßen Tatsachen des Sprachgebrauchs die Wahrheit der implizit erhobenen Ansprüche nicht verbürgen können. Wenn etwa jemand sich in der gängigen Weise darauf beruft, dass die meisten moralischen (bzw. rechtlichen) Forderungen insoweit kategorischer Natur seien, als sie gerade nicht auf die Wünsche des Adressaten der erhobenen Forderungen Bezug nehmen, dann macht er einen elementaren Fehler: Er unterscheidet nicht zwischen den Adressaten der Norm und den Adressaten der Rechtfertigung einer Norm. Eine Norm wie „Du sollst nicht töten!“ richtet sich natürlich kategorisch – d.h. unabhängig von deren Wünschen – an alle potentiell tötungswilligen Individuen. Abwägungen von Folgen und Interessen sind mit Bezug auf die Forderung gegenüber dem Normadressaten irrelevant. Dafür, dass die Forderung in dieser kategorischen Weise gegenüber den Normadressaten erhoben wird, sollte es jedoch eine an die de facto von den Rechtfertigungsadressaten geteilten Prämissen anknüpfende nicht-kategorische Rechtfertigung geben. Aus nonkognitivistischer Sicht sind Normen, die kategorische Forderungen gegenüber ihren Adressaten erheben, selber einer nicht-kategorischen Rechtfertigung zu unterziehen. Das gilt jedenfalls dann, wenn man andere mit rationalen Argumenten davon überzeugen will, der kategorischen Forderung selbst, deren Durchsetzung oder beidem zuzustimmen.¹²

Aus dem Vorangehenden folgt, dass rationale Kritik an normativen Aussagen in erster Linie Kritik an impliziten Überzeugungen, die durch die Zustimmung zu diesen Aussagen zum Ausdruck gebracht werden, ist. Wenn eine Person *P* behauptet, *X* sei verpflichtet, *Y* zu tun, kann man z.B. entgegenen,

¹² Man kann es beispielsweise für klug halten, die Norm „Du sollst keine Götter neben mir haben!“ durchzusetzen, ohne ihr inhaltlich zuzustimmen, weil man (irriger Weise) davon überzeugt ist, dass Monotheismus weniger schädlich ist als Polytheismus.

Umstände, die nach *P*s Auffassung zu einer Verpflichtung führen könnten, hätten tatsächlich nicht vorgelegen. Diese Form der Kritik ist methodisch völlig unproblematisch.

Dagegen ist es kein Argument, wenn man betont, dass man anderer Auffassung über die Umstände ist, die zu einer Verpflichtung führen können. Wenn Person *P* etwa der normativen Aussage zustimmt, dass ausschließlich Versprechungen zu einer Verpflichtung führen, ist es kein Argument, dem die Auffassung entgegenzusetzen, dass auch Verwandtschaftsverhältnisse zu Verpflichtungen führen können. Selbstverständlich kann man gegen *P* eine solche Auffassung vertreten, aber ein für *P* rational zwingendes *Argument* muss sich auf *P*s Auffassungen stützen.

Man kann zum Beispiel aufzuzeigen versuchen, dass die Aussage, *X* sei verpflichtet, *Y* zu tun, mit anderen Auffassungen im Widerspruch steht, die *P* ebenfalls vertritt. Man kann also auf logische Widersprüche aufmerksam machen. Weiter könnte es sein, dass *P* die Auffassung, *X* sei verpflichtet, *Y* zu tun, vertritt, weil er meint, dass dies aus grundlegenden Prinzipien folgt. Dann kann man unter Umständen zeigen, dass diese Folgerungsbeziehung nicht gilt, *P* also ein ungültiges Argument akzeptiert hat.

Wenn jemand eine Behauptung der Form „*X* ist verpflichtet, *Y* zu tun“ aufstellt, bieten sich also eine ganze Reihe von Möglichkeiten, diese Aussage zu kritisieren. Natürlich kann man die Aussage einfach mit abweichenden moralischen Überzeugungen konfrontieren. Das ist jedoch keine Kritik – oder zumindest keine rationale Kritik, kein Argument. Es gilt der Grundsatz, dass in einer rationalen Diskussion über normative Äußerungen an keiner Stelle einfach unterschiedliche Präferenzen gegeneinander in Stellung gebracht werden. Wer in einer Diskussion über moralische Fragen argumentativ überzeugen, also den Verstand und nicht die Gefühle ansprechen will, muss zumindest in der Suche nach einem inter-personalen Überlegungsgleichgewicht an die de facto geteilten (moralischen) Ziele, Zwecke oder Werte der argumentativen Gegenseite anknüpfen, um diese einer kritisch rationalen Prüfung zu unterziehen, die nach den de facto von ihr geteilten Prämissen für sie relevant sein muss. Was das beinhaltet, wollen wir nun für die neuen ökonomischen Gerechtigkeitstheorien im Ansatz zu skizzieren versuchen.

3 Kritik der Vertragstheorien der Verteilungsgerechtigkeit¹³

3.1 Abstrakte Standardeinwände gegen Vertragstheorien

In der jüngeren Ökonomik besteht über die im vorigen Abschnitt entwickelten meta-ethischen und meta-ökonomischen Restriktionen anscheinend breiter Konsens. Insbesondere die Gesellschaftsvertragstheoretiker, welche die Beschränkungen überwinden wollen, geben an, ihre Verteilungsvorschläge in den

¹³ Manches des Folgenden findet sich in früheren Schriften eines der Autoren, z.B. relativ knapp in Kliemt (2000).

Wünschen, Zielen, Werten etc. der Adressaten ihrer Argumente zu verankern. Sie formulieren zunächst „Zustimmungstheorien“ der Rechtfertigung, wonach letztlich die Akzeptanz der Argumentationsprämissen durch die Rechtfertigungsadressaten für die Verankerung eines ansonsten „hypothetischen“ Argumentes ausschlaggebend sein muss. Zugleich höhlen sie die Zustimmungsforderung aus, indem sie faktische durch fiktive Zustimmung ersetzen und die letztere sogar der ersteren generell vorordnen.

Etwas genauer formuliert, ergeben sich vor allem drei Einwände dagegen, fiktive an die Stelle realer Zustimmung zu setzen:

1. Daraus, dass tatsächliche Zustimmung zu einer Vereinbarung eine reale moralische Verpflichtung begründen kann, lässt sich nicht schließen, dass auch fiktive Zustimmung dies vermag.
2. Wer Zustimmungsfähigkeit in einer idealen Situation für ein ausschlaggebendes Gerechtigkeitskriterium hält, sollte reale Zustimmung oder Ablehnung ebenfalls für gerechtigkeitsrelevant halten und sich nicht beliebig über reale Zustimmungs- oder Ablehnungsakte zu Gunsten fiktiver hinwegsetzen.
3. Gerechtigkeit hat im landläufigen Verständnis immer etwas mit vorbestehenden kontingenten Beziehungen zu tun, die nicht durch theoretische Überlegungen ersetzt werden können.

Um mit dem letzten Argument zu beginnen, wenn ich einem mir völlig fremden Menschen in der sogenannten Dritten Welt nicht helfe, dann handele ich vermutlich nicht in der Weise, die wir uns aufgrund ethischer Ideale wünschen würden. Man würde mich für mein Verhalten gewiss nicht loben. Zugleich wäre es aber absurd, anzunehmen, dass ich den fremden Menschen durch Unterlassung einer Hilfsleistung im engeren Sinne „ungerecht“ behandelt hätte. Dafür fehlt es an einer Pflicht zur Hilfe, die sich auf mehr gründet als bloß darauf, dass es wünschenswert wäre, dass Hilfe geleistet wird. Gerechtigkeit im engeren Sinne verlangt, dass durch kontingente faktische Beziehungen legitimierte Ansprüche und Erwartungen bestehen. Die Betonung liegt hierbei darauf, dass es sich um de facto existente Relationen handelt. Diese können nicht ersetzt werden durch fiktive Relationen, wie sie von den zustimmungstheoretischen Vertragstheorien der Gerechtigkeit typischerweise konstruiert werden. Eine Theorie hat als solche keine Pflichten begründende Kraft (vgl. Kliemt 1998).

Die beiden vorangehenden Einwände liegen erst recht auf der Hand: Die fiktive Zustimmung bindet, erstens, wenn überhaupt, nur die fiktiven Individuen, die als Teil des Vertrages angesehen werden. Und zweitens, wenn Zustimmung so wichtig ist, dann ist es schwer einzusehen, warum reale Zustimmungs- und Ablehnungsakte, die de facto in der Welt bestehen, nicht mit noch mehr Gewicht Berücksichtigung finden sollten.

Alle drei Einwände sind zumindest seit David Humes grundlegendem Aufsatz über den „ursprünglichen Vertrag“ allgemein bekannt (vgl. Hume 1976). Da sie bislang den Gesellschaftsvertragstheorien wenig anhaben konnten, lohnt es womöglich, die Angelegenheit einmal an dem konkreten Beispiel der „gerechten Organverteilung“ zu diskutieren.

3.2 Konkrete Illustration zentraler Einwände gegen vertragstheoretische Gerechtigkeitskonzeptionen

Der Mensch wird grundsätzlich mit zwei Nieren geboren. Ansonsten gesunde Individuen haben nach Entnahme einer ihrer Nieren eine Lebensqualität und Lebenserwartung, die sich von einem Leben mit zwei Nieren kaum unterscheidet. Das Leben als Dialysepflichtiger ohne eigene Nierenfunktion ist hingegen im Allgemeinen miserabel. Nach Transplantation eines Fremdorgans bleiben eine dauerhafte Behandlungsbedürftigkeit der Erkrankung (ESRD „end state renal disease“ bleibt die Diagnose selbst nach Transplantation) und ein mit der Immunsuppression einhergehendes erhöhtes Karzinomrisiko. Die Einschränkungen, die ein transplantierte Patient – vor allem bei frühzeitiger „präemptiver“ Transplantation vor gänzlichem Ausfall der eigenen Nierenfunktion – gegenüber einem gesunden Menschen hinnehmen muss, sind jedoch gegenüber den Einschränkungen, die sich ohne Transplantation ergeben, untergeordnet, da der Transplantatempfänger ein nahezu „normales“ Leben führen kann.

Es wäre nach dem Vorangehenden vorgeburtlich in jedermanns Interesse, wenn jeder einer Versicherung auf Gegenseitigkeit beiträte. Diese würde bei Ausfall eines Organs vertraglich bestimmen, dass ein anderes Mitglied der Versicherung eine seiner Nieren spenden würde. Der Vertrag könnte etwa vorsehen, dass nach einem festgelegten, fälschungssicheren Verfahren ein bestimmter potentieller Spender ausgewählt, wie die Anwendung der Regeln kontrolliert, wie diese angepasst würden usw.

Hinter dem Schleier des Nichtwissens über die eigene Betroffenheit würde jeder rationalerweise in der vorgeburtlichen fiktiven Entscheidungssituation ein kleines Risiko auf eine kleine Nutzeneinbuße eingehen – er müsste ggf. als potentieller Spender fungieren – und dafür eine Chance erhalten, in dem ebenfalls seltenen Fall des terminalen Nierenversagens einen großen Nutzengewinn realisieren zu können. Ohne über weitere Einzelheiten sprechen zu müssen, lässt sich feststellen, dass der klassische Fall einer im wechselseitigen Interesse liegenden Versicherung auf Gegenseitigkeit vorliegt. Nach vernünftigen Maßstäben müsste es dazu kommen, dass die Betroffenen – und das sind vor der Geburt alle Individuen –, wenn ihnen das denn angeboten würde, einen entsprechenden Versicherungsvertrag akzeptierten. Damit wäre zunächst die Wünschbarkeit der allgemeinen Institution eines solidarischen Vereins der potentiellen Organspender und -empfänger gezeigt. Vernünftige Menschen sollten vor ihrer Geburt einen solchen Verein gründen, da die Gründung gegenüber dem vereinslosen Zustand eine Verbesserung für jeden darstellen würde.

Es wäre dennoch ziemlich absurd, wenn jemand mit diesem Argument dafür plädieren würde, dass reale Menschen ein Organ spenden müssten, weil sie einer solchen Verpflichtung vorgeburtlich rational hätten zustimmen müssen. Wenn wir das betreffende Argument im realen Leben unmittelbar von uns wissen, dann zeigt das, dass wir gerade nicht von der Verpflichtungskraft fiktiver Zustimmung für reale Individuen ausgehen.

Wir unterstellen erstens, dass die Zustimmung zu einer Institution oder einem Vertrag nur dann Bindungskraft besitzen kann, wenn sie freiwillig erfolgt und dass sie vor allem nur diejenigen bindet, die sie selbst gegeben haben. Diejenigen, die real über zwei Nieren verfügen, würden de facto der Entnahme einer Niere nicht zustimmen. Das Fehlen realer Zustimmung hat zweitens mehr Gewicht als die Zustimmungsfähigkeit in einer realen Situation. Schließlich erscheint es uns drittens absurd, die kontingente Beziehung zwischen dem möglichen Empfänger und einem möglichen Spender allein darin zu sehen, dass der Empfänger hilfsbedürftig und der Spender hilfsfähig ist.

Ähnliche Argumente gelten im Übrigen für eine „gerechte Allokation“ von postmortalen Spenderorganen.¹⁴ Wenn von der Möglichkeit einer fiktiven Zustimmung eigenständige Legitimationskraft ausgehen könnte, dann ist es vollkommen klar, dass in der Allokation von Leichenorganen keine der in den zivilisierten westlichen Rechtsstaaten angewendeten Regeln akzeptabel scheinen kann. Die sogenannte bulgarische Lösung (weil Bulgarien eine Zeit lang so vorgegangen sein soll), wonach die Organe jedes Verstorbenen in Allgemeinbesitz übergehen, ohne dass es auf die Zustimmung oder Ablehnung des betroffenen Individuums zu Lebzeiten ankäme, wäre dann offensichtlich nach dem Argument rationaler Zustimmungsfähigkeit legitimiert.

Unser Argument hier ist nicht, dass man die Verpflichtung zur Organspende ablehnen muss. Es ist vielmehr eine Tatsache, dass viele Menschen eine solche Verpflichtung ablehnen. Damit entsteht ein Konflikt zwischen tatsächlicher und fiktiver Zustimmung. Dieser Konflikt wird in Zustimmungstheorien, die auf das Kriterium fiktiver Zustimmungsfähigkeit abstellen, typischerweise einfach übergangen. Das ist in Theorien, die erklärtermaßen auf Zustimmung den höchsten Wert legen, zumindest befremdlich.

3.3 Vertragstheorie als Beitrag zur Meinungsbildung

Man kann argumentieren, dass es der vertragstheoretischen Argumentation überhaupt nicht um die Begründung einer Verpflichtung, sondern nur um die Ableitung eines wohlfahrtstheoretischen Bewertungskriteriums geht (etwa

¹⁴ Die Organe aller Verstorbenen werden gern als potentielle Transplantate im Allgemeinbesitz behandelt und an die Transplantationsbedürftigen verteilt. Ungeachtet der anderen Auffassung vieler staatstragender Juristen läge diese „Lösung“ im deutschen Recht aufgrund von dessen recht weiterreichenden intersubjektiven Hilfsverpflichtungen nahe (etwa 323 c STGB. Vgl. dazu grundsätzlich und allgemein Frellesen (1980) und mit Bezug auf die Organentnahme Hoerster (1997) und Wille (2006).

analog zum ebenfalls vom Problem der Fiktivität der Kompensation geplagten Kaldor-Hicks-Kriterium). In unserer Suche nach akzeptablen Institutionen wollen wir uns auf jene konzentrieren, die von allen grundsätzlich akzeptiert werden könnten. Wir könnten so zeigen wollen, warum wir uns die Existenz bestimmter Institutionen im Gegensatz zu anderen Institutionen wünschen sollten. Unmittelbare Verpflichtungen zu einem bestimmten Handeln würden sich aus dieser Art von Gedankengang zwar nicht ergeben, aber möglicherweise eine Schärfung unseres „Gerechtigkeitssinns“ oder unserer „moralischen Präferenzen“.

Das ist zwar grundsätzlich richtig, nur sind gesellschaftsvertragliche Gerechtigkeitstheorien ein höchst problematischer Beitrag zur Meinungsbildung und zwar wegen ihrer voraussichtlichen empirischen Wirkungen auf unseren „Gerechtigkeitssinn“. Die bedenklichste Wirkung, die von der Vorstellung ausgehen kann, man handle in Übereinstimmung mit Regeln, denen alle Individuen zustimmen könnten, obwohl niemand zugestimmt hat, ist die Verharmlosung der Tatsache, dass im staatlichen Handeln immer und unvermeidlich fundamentale Zwangsgewalt (vgl. dazu Nozick 1976), die gerade nicht auf der vorherigen Zustimmung der Betroffenen beruht, zum Einsatz kommt. Das gefährlichste Instrument staatlicher Herrschaft wird damit einfach zu einem auf Zustimmung beruhenden, eher harmlosen Akt umdeklariert.

Was damit gewonnen sein soll, dass man etwas verharmlost, das seiner Natur nach zwar absolut notwendig, doch gerade nicht harmlos ist, erscheint uns unerfindlich. Im Gegenteil sollte es eine zentrale politische Forderung sein, dass die Anwendung jeglicher fundamentaler Zwangsgewalt möglichst transparent und damit kontrollierbar gemacht wird. Vor allem sollte man vermeiden, dass durch die Camouflage des vertragstheoretischen Redens die Sorglosigkeit der zwingenden und die Arglosigkeit der gezwungenen Individuen gefördert werden.

Die Theorien von der fiktiven Zustimmung aller und des möglichen Vertrages scheinen genau die zuvor beschriebenen Risiken zu beinhalten, wenn sie zu realen Leitideen in einer Gesellschaft werden. Selbstverständlich müssten die entsprechenden empirischen Zusammenhänge empirisch untersucht werden. Dabei würden die Moralpsychologie und die Art und Weise, wie wir mit philosophischen Konzeptionen wie der Vertragstheorie in moralbegründenden Kontexten umgehen, ins Zentrum rücken. Es bietet sich an, diese Fragen insbesondere mit Verfahren der experimentellen Ökonomik und der experimentellen Psychologie zu untersuchen.

Wenn wir an einem umfassenden Gleichgewicht von Institutionen und sie stützenden Legitimitätsüberzeugungen interessiert sind, stellt sich also die technologische Frage, wie moraltheoretische Argumente auf unseren Gerechtigkeitssinn wirken. Die Überzeugungen müssen die Institutionen stützen und die Institutionen die Überzeugungen. Unsere Vermutung ist, dass recht eng gefasste Überzeugungen von der Leistungsfähigkeit der Ökonomik im norma-

tiven Bereich insoweit empirisch bessere Wirkungen haben werden als die heute ausufernden Bestrebungen, die Ökonomik durch Gerechtigkeitstheorien zu verstärken. Wenn Ökonomen darüber hinaus gehen und sich als Moralphilosophen betätigen wollen, dann sollten sie sich an der entsprechenden kritisch rationalen Diskussion ernsthaft beteiligen. Wir halten es jedenfalls für (moralisch) fragwürdig, die gute Tradition einer wertfreien Beratung, die von den tatsächlichen Wünschen der Ratsuchenden ausgeht, auf dem Altar schwacher vertragstheoretischer Gerechtigkeitstheorien zu opfern.

4 Vertragstheoretische Gerechtigkeit vs. instrumentelle Rationalität

In Übereinstimmung mit der ökonomischen Tradition verstehen wir unter Rationalität ausschließlich instrumentelle Rationalität. Das bedeutet, dass man Ziele voraussetzen muss, um sagen zu können, was mit Bezug auf diese Ziele instrumentell rational ist. Viele heutige Ökonomen scheinen zu meinen, dass Gesellschaftsvertragstheorien mit dieser Konzeption der Rationalität nicht nur vereinbar, sondern geradezu deren Ausdruck seien, da sie ja an die Zustimmung des Rechtfertigungsadressaten anzuknüpfen scheinen. Diese Auffassung ist, wie wir gezeigt zu haben glauben, falsch.

Ungeachtet der vorangehenden Überlegung, wonach – vereinfacht gesprochen – etwas de facto gewollt sein muss, damit etwas anderes – relativ zu diesem Willen – „gesollt“ sein kann, ist es irreführend, normative Äußerungen als einfache Willensäußerungen des Äußerers zu begreifen. An irgendeinem Punkt einer langen und indirekten Argumentationskette muss zwar ein „Wollen“ dem „Sollen“ vorangehen bzw. für dieses begründend sein. Dennoch kann die betreffende Begründungsbeziehung so indirekt sein, dass der Bezug auf de facto von einer bestimmten Person „Gewolltes“ kaum noch erkennbar und spürbar ist.

Obwohl wir einen ethischen Nonkognitivismus vertreten, sind wir nicht der Auffassung, dass aus der meta-ethischen Tatsache, dass normative Aussagen nicht wahrheitsfähig sind, liberale Toleranznormen folgen. Aus der Tatsache, dass normative Äußerungen nicht wahrheitsfähig sind, kann keine Norm gefolgert werden – weil aus Tatsachen grundsätzlich keine Normen folgen. Insoweit irren sich viele liberale Ökonomen in offensichtlicher Weise, wenn sie unterstellen, Nonkognitivismus impliziere Liberalismus.

Aber auch viele kognitivistische Philosophen irren sich, wenn sie den Nonkognitivismus für die Übel dieser Welt mitverantwortlich machen wollen. Sie unterstellen, dass der Nonkognitivist aufgrund seiner meta-ethischen Hypothesen Toleranz gegenüber allen möglichen anderen Verhaltensweisen üben müsse. Gerne wird argumentiert, dass der ethische Nonkognitivist gegen einen Hitler, Mao oder Stalin wehrlos sei. Er könne keine Kritik mehr an solchen Figuren üben. Es ist jedoch im Gegenteil so, dass gerade der Nonkognitivist dann,

wenn er de facto etwas anderes will als irgendeiner der großen Menschheitsbeglückter, einen guten Grund hat, nach Mitteln zu suchen, seinen Willen gegen den entgegenstehenden Willen der „Staatsverbrecher“ durchzusetzen.

Die Frage, wen Ökonomen im Hinblick auf welche Ziele beraten sollen, ist eine Frage der ökonomischen Berufsmoral und nicht der ökonomischen Erkenntnis. Es steht dem Ökonomen als einem moralischen Subjekt frei, die Beratung anderer zu verweigern. Es steht ihm auch frei, auszuwählen, welche technologischen Zusammenhänge er erforschen möchte. Jedenfalls sagt seine Disziplin als Disziplin ihm darüber zunächst nichts.

Wenn man sich entschließt, jemanden zu beraten, dann spielt es nach der üblichen ökonomischen Berufsmoral keine Rolle, ob die Ziel- und Wertvorstellungen des Ratsuchenden in irgendeinem Sinn rational begründet sind. Man wird den Ratsuchenden auf Zielkonflikte aufmerksam machen und darüber aufklären, welche Zielkombinationen auf welche Weise erreicht werden können. Philosophische oder alltägliche Gerechtigkeitsvorstellungen können dabei in dem Umfang eine Rolle spielen, in dem sie in den Vorstellungen des Ratsuchenden – nicht des Ratgebers – zum Ausdruck kommen.

Die Forderung, „Wissenschaft soll wertfrei sein“, ist natürlich selbst im Rahmen der hier vertretenen meta-ethischen und meta-ökonomischen Prämissen nur relativ zu de facto gegebenen Zielen, Werten etc. gerechtfertigt. In der kritisch rationalen Untersuchung dieser Forderung kann man insbesondere auf technologische Erkenntnisse über die Funktionsweise wissenschaftlicher Institutionen rekurrieren. Die Forderung nach Wertfreiheit als sozialer Norm, zu erheben, ist für diejenigen gerechtfertigt, die de facto bestimmte Ziele, Zwecke, oder Werte teilen. Durch gewisse Zusatzannahmen kann sie zum Bestandteil einer allgemeinen „Berufsmoral“ oder einer „professionellen Ethik“ für Wissenschaftler werden. Etwa: „Wissenschaftler sollen herausfinden, was der Fall ist, statt Propaganda für irgendwelche Ziele zu machen!“ Wiederum stehen im Hintergrund der Rechtfertigung dieser Norm technologische Hypothesen darüber, wie soziale Institutionen der Wissenschaft funktionieren und wie die entsprechenden faktisch erhobenen Anforderungen sich psychologisch auswirken. Damit sich daraus handlungsrelevante Maximen ergeben, muss der Wille einer Person – also hier: einer Wissenschaftlerin –, die sich das technologische Wissen zu Nutze macht, hinzutreten.

Literaturverzeichnis

- Albert, H. (1968/1991), Traktat über kritische Vernunft. Tübingen.
Albert, H. (2000), Kritischer Rationalismus. Tübingen.
Albert, M. (1996), „Unrealistische“ Annahmen und empirische Prüfung. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 116, 451-486.
Baumol, W.J. (1972), *Economic Theory and Operations Analysis*. London.
Frellesen, P. (1980), *Die Zumutbarkeit der Hilfsleistung*. Frankfurt/M.

- Gordon, S. (1976), The New Contractarians. *The Journal of Political Economy* 84, 573-590.
- Hahn, S. (2000), Überlegungsgleichgewicht(e). Prüfung einer Rechtfertigungsmetapher. Freiburg i.Br.
- Harman, G. (1977), The Nature of Morality. An Introduction to Ethics. New York.
- Hart, H.L.A. (1961), The Concept of Law. Oxford.
- Hoerster, N. (1997), Definition des Todes und Organtransplantation. *Universitas* 52, 42-52.
- Hume, D. (1976), Die wertlose Fiktion vom Gesellschaftsvertrag. Klassische Texte der Staatsphilosophie. München, 163 ff.
- Kelsen, H. (1934/2000), Reine Rechtslehre. Wien.
- Kliemt, H. (1998), Distributive Justice. The New Palgrave Dictionary of Economics and the Law. P. Newman. London, 630-635.
- Kliemt, H. (2000), Keine Theorie der Gerechtigkeit. ARSP, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 74, 217-228.
- Mackie, J.L. (1977), Ethics. Inventing Right and Wrong. Harmondsworth.
- Nozick, R. (1976), Anarchie, Staat, und Utopia. München.
- Rawls, J. (1951), Outline of a Decision Procedure for Ethics. *Philosophical Review* 60, 177-190.
- Robbins, L. (1935), An Essay on the Nature and Significance of Economic Science. London.
- Stigler, G.J., Becker, G.S. (1977), De gustibus non est disputandum. *The American Economic Review* 67, 76 ff.
- Wille, S. (2006), Die Organknappheit im Spannungsverhältnis zwischen Sozialpflicht und Selbstbestimmung. Eine rechtliche Analyse des Spender-Empfänger-Verhältnisses. Hamburg.

